

„Wir brauchen eine neue Ordnung“

DGB-Chef Michael Sommer über Mindestlöhne und Rente mit 67

Der Vorsitzende des DGB, Michael Sommer, macht sich für eine „neue Ordnung der Arbeit“ stark, um den Niedriglohnsektor und die Leiharbeit einzudämmen. Im Gespräch mit unserem Berliner Korrespondenten Stefan Vetter kündigt er auch weiteren Widerstand gegen die Rente mit 67 an.

Herr Sommer, gibt es etwas, worauf der DGB im zu Ende gehenden Jahr stolz sein kann?

Sommer: Wir haben 2011 viel erreicht. Den Gewerkschaften ist es gelungen, das Thema Gleicher Lohn für gleiche Arbeit auch in die Politik zu tragen. Hier muss jetzt der Gesetzgeber handeln. Zum anderen haben wir dafür gesorgt, dass der Widerstand gegen einen gesetzlichen Mindestlohn auch in der CDU bröckelt. Und wir haben dazu beigetragen, das Land in der Euro-Krise zu stabilisieren.

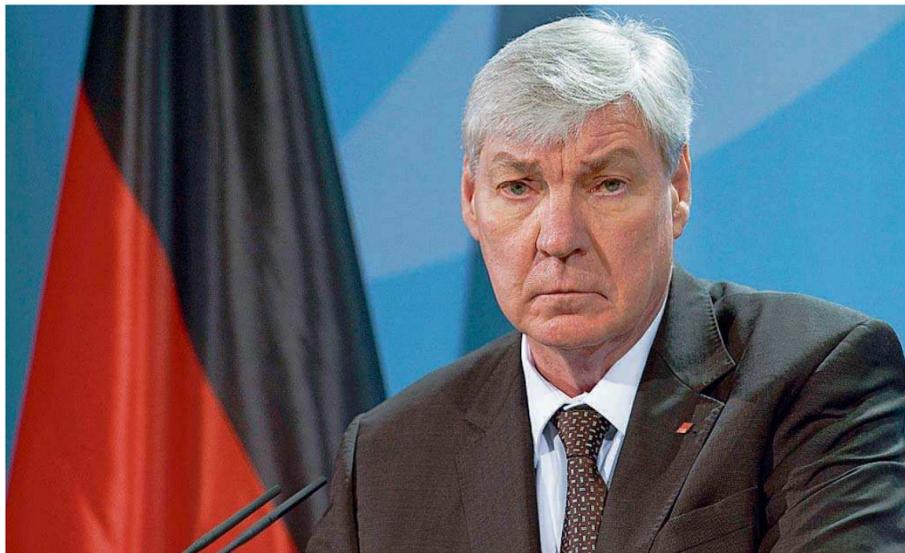
Das Wirtschaftswachstum 2012 soll sich stark abschwächen. Was bedeutet das für die Lohnpolitik der Gewerkschaften?

Sommer: Warten wir es doch erst mal ab. In der Vergangenheit waren die Prognosen fast immer falsch. Wir verlassen uns auf das, was wir aus den Betrieben wissen. Dort ist die Auftragslage nach wie vor gut.

Viele Arbeitslose rutschen offenbar direkt in Hartz IV, weil sie vorher zu wenig verdient haben. Waren die Gewerkschaften in den Tarifkämpfen zu zahn?

Sommer: Nein, man darf nicht Ursache und Wirkung verwechseln. Die Ursache für diese Entwicklung ist die Schaffung des Niedriglohnsektors im Rahmen der Agenda 2010. Das war eine rein politische Entscheidung. Deshalb können wir das auch nur politisch bekämpfen.

Was heißt das konkret?



DGB-Chef Sommer sieht den wachsenden Niedriglohnsektor in Deutschland mit Sorge. FOTO: DAPD

Sommer: Die Antwort auf den Niedriglohnsektor ist der Mindestlohn. Die Antwort auf den Missbrauch der Leiharbeit ist das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Die Antwort auf unsichere Arbeitsverhältnisse ist eine unbefristete, sozialversicherte Beschäftigung. Kurzum, wir brauchen eine neue Ordnung der Arbeit, die solche Verwerfungen verhindert.

Zahlreiche Tarifverträge liegen unter den Branchenmindestlöhnen. Dafür sind doch auch die Gewerkschaften verantwortlich.

Sommer: Fest steht, dass viele dieser Tarifverträge von Scheingewerkschaften abgeschlossen wurden.

Aber Branchengewerkschaften im DGB waren auch dabei.

Sommer: Das stimmt vereinzelt. Als ich noch ein junger Gewerkschafter war, galt die unumstößliche Lehre, jeder Tarifvertrag ist besser als gar keiner. Das

stimmte auch – bis die Löhne im vergangenen Jahrzehnt millionenfach auf Hungerniveau gedrückt wurden, gesetzlich und durch die Tarifflucht vieler Arbeitgeber. Deshalb muss der gesetzliche Mindestlohn jeden darunter liegenden Lohn außer Kraft setzen, also auch Tariflöhne.

Trotz erheblichen Widerstands wird die Rente mit 67 wie geplant ab 2012 schrittweise eingeführt. Wie wollen die Gewerkschaften darauf reagieren?

Sommer: Da gibt es mehrere Möglichkeiten. In Tarifverhandlungen werden wir versuchen, die Situation der Betroffenen im Rahmen betrieblicher Rentensysteme zu verbessern. Wir werden aber auch weiter dafür kämpfen, dass die Rente mit 67 nicht eingeführt, mindestens aber ihre Einführung ausgesetzt wird. Der Zug rollt zwar, aber man kann falsche Gesetze durch richtige Gesetze

korrigieren. Wir sind zu flexiblen Lösungen bereit.

Herr Sommer, bei der SPD stoßen Sie mit Ihren Forderungen auf viel Sympathie. Sind SPD und DGB jetzt wieder ein Herz und eine Seele?

Sommer: Nein. Wir sind in verschiedenen Punkten einer Meinung. Aber das gilt auch im Hinblick auf die Grünen. Und wir haben Berührungspunkte zur CDU. Ich freue mich, dass sich die großen Parteien den Themen der Gewerkschaften annähern, sie aufgreifen und weiterführen.

Können die Sozialdemokraten auf gewerkschaftliche Unterstützung im nächsten Bundestagswahlkampf zählen?

Sommer: Die SPD kann damit rechnen, dass die Gewerkschaften möglicherweise auch die ihren sind. Aber wir werden weder Wahl- noch Koalitionsempfehlungen geben.

Viele Tarife niedriger als Mindestlohn

Wiesbaden. Viele Tarifverträge in Deutschland schreiben nach wie vor Stundenlöhne fest, die deutlich unter dem Niveau der bislang vereinbarten Mindestlöhne liegen. Im Konditorienhandwerk in Bayern etwa beginnt der Tarifverdienst bei 5,26 Euro je Stunde, wie das Statistische Bundesamt gestern mitteilte. Auch Fleischer in Sachsen (6,00), Gärtner in Brandenburg (6,46) und Mitarbeiter im Hotel- und Gaststättengewerbe (6,29) erhalten bisweilen weniger als 6,50 Euro je Stunde.

Die niedrigen Tarifverdienste gelten nach Angaben der Statistiker vor allem für gering qualifizierte Beschäftigte. Aber auch Fachkräfte verdienen in einigen Branchen vergleichsweise wenig: Der tarifliche Anfangsverdienst für Bäcker- und Konditorengesellen liege in Mecklenburg-Vorpommern bei 6,97 Euro und für Beschäftigte mit bestandener Gesellenprüfung im Friseurhandwerk in Schleswig-Holstein bei 7,00 Euro.

Derzeit gelten in Deutschland in zehn Branchen – darunter vier Baubranchen – allgemeinverbindliche Mindestlöhne. Nach den Daten des Bundesamtes liegt der Mindestlohn im früheren Bundesgebiet bei Wäsche-reidienstleistungen und größtenteils im Wach- und Sicherheitsgewerbe bei weniger als 8,00 Euro je Stunde. In den neuen Ländern werden 8,00 Euro bei der Gebäudereinigung und in der Pflegebranche unterschritten.

Die Acht-Euro-Marke setzte das Bundesamt wegen der jüngsten Vereinbarung für die Zeitarbeitsbranche an: Für die etwa 900 000 Beschäftigten der Zeitarbeitsbranche gilt ab 1. Januar 2012 ein Mindestlohn. Er liegt bei 7,01 Euro in Ostdeutschland und 7,89 Euro im Westen. dpa

NACHRICHTEN

Preise sind 2011 um 2,3 Prozent gestiegen

Wiesbaden. Die Verbraucherpreise in Deutschland sind in diesem Jahr um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Preistreiber waren dabei vor allem stark steigende Energie- und Kraftstoffkosten, teilte das Statistische Bundesamt unter Berufung auf vorläufige Ergebnisse mit. Die Teuerung verliert den Zahlen zufolge aber an Schwung. 2010 hatten die Verbraucherpreise im Schnitt lediglich 1,1 Prozent zugelegt. affp

Skandal bei Fahndung nach Steuersündern

Athen. Zwei Spezialisten der Athener Staatsanwaltschaft für große Steuerhinterzieher sind wegen „Interventionen“ bei ihrer Arbeit zurückgetreten. Zu Akteuren oder Einzelheiten äußerten sie sich jedoch nicht. Finanzminister Evangelos Venizelos und sein Justiz-Kollege Miltiadis Papaioannou riefen die beiden Staatsanwälte auf, jene zu nennen, die Druck auf sie ausgeübt haben. Die Steuerhinterziehung ist einer der Hauptgründe für die dramatische Finanzlage Griechenlands. dpa

Autofahrer gewöhnen sich an E10-Sprit

Hamburg. Knapp ein Jahr nach der Einführung des Biosprits E10 geben die deutschen Autofahrer offenbar langsam ihre Vorbehalte gegen den neuen Treibstoff auf. Beim Branchenriesen Shell wählten inzwischen 20 Prozent der Benzinkunden E10 sagte Shell-Sprecher Axel Pommerenke. Marktführer Aral liegt nach Brancheninformationen bei 15 bis 20 Prozent. Nach amtlichen Zahlen kommt E10 dagegen erst auf knapp über zehn Prozent am gesamten Benzinverkauf. dpa

Industrie beklagt häufige Stromausfälle

Düsseldorf. Die Industrie klagt über zunehmende Stromausfälle in Deutschland infolge des Atomausstiegs. Die beschleunigte Energiewende habe „zu bedenklreichen Qualitätsverlusten bei der Stromversorgung“ geführt, zitierte das „Handelsblatt“ den Vorstandsvorsitzenden des Verbandes der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK), Volker Schwich. In der Industrie können bereits Stromunterbrechungen im Millisekundenbereich zu erheblichen Problemen führen. dpa

Solarstrom-Erzeugung hat stark zugelegt

Berlin. Solaranlagen in Deutschland haben 2011 mehr als 18 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt. Das sind 60 Prozent mehr als im Vorjahr, teilte der Bundesverband Solarwirtschaft mit. Damit decke die Solarenergie etwa drei Prozent des deutschen Stromverbrauchs. Ein Grund für den Zuwachs sind sinkende Kosten für Solartechnik. dpa

Produktion dieser Seite:

Joachim Wollschläger
Marc Prams, Thomas Sponticcia

Wirtschaft

Telefon: (06 81) 5 02 22 34
Fax: (06 81) 5 02 22 39
E-Mail: wirtschaft@sz-sb.de

Team Wirtschaft:

Monika Kühborth (ika, Leiterin),
Volker Meyer zu Tittingdorf (mzt),
Thomas Sponticcia (ts),
Lothar Warscheid (lw),
Joachim Wollschläger (jwo)

Immer mehr Arbeitslose sofort in Hartz IV

Jeder Vierte wegen geringen Gehalts sofort auf Grundsicherung angewiesen

München. Jeder vierte Beschäftigte, der arbeitslos wird, ist sofort auf Hartz IV angewiesen. Dabei handelt es sich häufig um geringqualifizierte, knapp ein Drittel war zuvor als Leiharbeiter tätig, berichtet die „Süddeutsche Zeitung“ unter Berufung auf eine Analyse der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die Zahl der neuen Arbeitslosen, die direkt in die staatliche Hartz-IV-Grundsicherung absteigen, hat demnach seit 2008 deutlich zugenommen.

Wer in den letzten zwei Jahren vor Verlust seiner Stelle mindestens ein Jahr in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, hat Anspruch auf Arbeitslosengeld (ALG) I. Es wird in der Regel zwölf Monate ausbezahlt, Langzeitarbeitslose erhalten danach Hartz IV. Die BA-Analyse ergab nun, dass immer mehr neu arbeitslos Gewordene kein oder zu wenig Geld aus der Arbeitslosenversicherung bekommen. „Entweder war die Beschäftigungszeit

zu kurz, um Ansprüche zu erwerben, oder das früher erzielte Lohnneinkommen war zu niedrig“, heißt es in dem Papier.

Nach Angaben der Bundesagentur verloren in den vergangenen zwölf Monaten bis Ende November 2011 etwa 2,8 Millionen Beschäftigte ihren Job. 737 000 rutschten danach sofort in das Hartz-IV-System ab, pro Monat waren dies 61 000. Vor drei Jahren, im November 2008, waren es monatlich noch 51 000. affp

MEINUNG

Schein und Sein

Von SZ-Korrespondent Stefan Vetter

Statistiken können zur Aufklärung beitragen. Sie können aber auch für Schwarzmalerei sorgen. Die Studie der Bundesagentur klingt erst einmal dramatisch, hat aber auch einen erfreulichen Hintergrund: Dank des Booms am Arbeitsmarkt finden immer mehr Langzeitarbeitslose einen Job. Allerdings nur vorübergehend, weshalb die

Zeit nicht ausreicht, um damit einen Anspruch auf das reguläre Arbeitslosengeld zu begründen. Daher landen sie gleich wieder in Hartz IV. Schein und Sein klaffen also mitunter weit auseinander.

Der Fall zeigt aber auch, dass dies vor allem gering Qualifizierte trifft, die in aller Regel auch wenig verdienen. Antworten darauf sind eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze sowie mehr Qualifizierung. Hier aber wird der Rotstift angesetzt.

Nano-Teilchen statt Schwermetalle

Saarbrücker Nanotechnologie-Unternehmen Nano-X entwickelt rußfreien Dieseldieselskatalysator

Ihre Rohstoffe sind Millionstel Millimeter klein: Die Saarbrücker Firma Nano-X veredelt mit Nanotechnik vor allem Produkte aus dem Automobilbereich.

Saarbrücken. Verglichen mit gewöhnlichen Abgas-Reinigungsanlagen ist dieser Dieseldieselskatalysator kostengünstiger in der Herstellung, verbrennt Rußpartikel bei niedrigeren Temperaturen und ist frei von Schwermetallen. „Und er funktioniert. Das haben Tests bewiesen“, sagt Reimund Krechan von Nano-X, einem in Güdingen angesiedelten Unter-

dium oder Platin. Die sind nicht nur teuer, sondern belasten auch die Umwelt. „Katalysatoren mit unserer Nano-Beschichtung kommen ohne diese Metalle aus“, erläutert Entwickler Gerald Frenzer. In den Laboren des Unternehmens Nano-X, das der Elektroingenieur Reimund Krechan 1999 gemeinsam mit dem Chemiker Stefan Sepeur gegründet hat, haben Forscher eine weltweit patentierte, nur wenige Atomlagen dünne Beschichtung entwickelt, die Ruß, Schmutz und Geruch zersetzt. Partner bei der Entwicklung des neuartigen Abgasreinigungssystems war der Autozulieferer Elring-Klinger.

Seit Juni dieses Jahres sind die ersten Katalysatoren zunächst in Baumaschinen im Serienbetrieb eingebaut, da deren Motoren mit weniger hohen Drehzahlen gefahren werden. Wird die nächste Testphase erfolgreich abgeschlossen, wird, so Krechan, „unser Produkt in Lkw und später



Die Nano-X-Chefs Jörg Recktenwald (l.) und Stefan Sepeur hoffen auf den Erfolg des neuen Dieseldieselskatalysators. FOTO: BECKER & BREDEL

auch in Pkw eingebaut“ – ein riesiger Markt würde sich öffnen. Der Automobilbereich ist ein wichtiges Standbein von Nano-X. Fast die Hälfte des Umsatzes von rund sechs Millionen Euro in 2010 kommt daher.

50 Mitarbeiter beschäftigt Nano-X in Güdingen, „die Hälfte da-

von in Forschung und Entwicklung“. Ständig tüfteln die Forscher an neuen Produkten, die mit Hilfe von Nanopartikeln, also mit Millionstel Millimeter kleinen Teilchen optimiert werden. So entstehen kratzfesteste Lacke, Beschichtungen gegen Fingerabdrücke oder Imprägnierungen

für Textilien, Hölzer, Metalle und Steine. Mehr als 20 Marken hat die Firma, die weltweit über 40 Patentfamilien angemeldet hat, im Portfolio. „Dass wir so breit aufgestellt sind und an vielen unterschiedlichen Forschungsprojekten mitarbeiten, hat uns die Krise 2009 ohne Entlassungen oder Kurzarbeit überstehen lassen“, sagt Prokurist Jörg Recktenwald. Der Jurist war in den vergangenen Monaten stark in die Realisierung eines zukunftsweisenden Projektes eingebunden: „Wir haben uns nach ISO 9001 und ISO 14001 zertifizieren lassen.“ Diese Qualitäts- und Umweltmanagement-Zertifikate signalisieren Geschäftspartnern einen hohen Standard in wichtigen Unternehmensbereichen und -abläufen. Mitte Oktober war die Abnahme durch einen Sachverständigen der Dekra. „Das ist ohne Beanstandung über die Bühne gegangen“, sagt Recktenwald. tog

SZ-Firmenporträt

nehmen der chemischen Nanotechnologie. Der schwermetallfreie Dieseldieselskatalysator ist das jüngste Produkt von Nano-X.

Beim Reinigen der Abgase kommen gemeinhin katalytische Metalle zum Einsatz, etwa Palla-